



München, 01.12.2020

## Arbeitsmarktzahlen: Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt besser unterstützen

### SPD fordert Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive - berufliche Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten müssen vergrößert werden

Angesichts der aktuellen Arbeitsmarktzahlen fordert die Sprecherin für Inklusion der BayernSPD-Landtagsfraktion, **Ruth Waldmann**, den Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung in Bayern zu verbessern. "Menschen mit Behinderung gehören zu den großen Verlierern in der Corona-Krise. Nicht nur im sozialen Bereich, sondern ganz speziell auch auf dem Arbeitsmarkt. Dieser Entwicklung müssen wir dringend und entschieden entgegenwirken!"

Hintergrund: Der Freistaat verzeichnet in der Corona-Krise deutschlandweit den stärksten Anstieg arbeitsloser Menschen mit Behinderung. Mit einem Plus von 19,1 Prozent zum Vorjahresmonat lag die Zahl der arbeitslosen Menschen mit Schwerbehinderung im Oktober deutlich über dem bundesweiten Schnitt von rund 13 Prozent. Das hat die Arbeitsagentur heute (01. Dezember) bekannt gegeben.

Die SPD-Fraktion hatte bereits vor knapp eineinhalb Jahren einen [Antrag](#) in den Landtag eingebracht, um die Integration von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Darin fordert sie unter anderem eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive, mit dem Ziel, Arbeitsfelder für Menschen mit Behinderung zu öffnen und neue Berufsbilder zu entwickeln. "Ich erwarte, dass sich die Staatsregierung mit diesem wichtigen Thema auseinandersetzt und hier entsprechende Konzepte entwickelt", so Waldmann.

Außerdem fordert die SPD-Fraktion eine Flexibilisierung der Übergänge zwischen den verschiedenen Beschäftigungssystemen („Geschützte Beschäftigung“, „Unterstützte Beschäftigung“, „Allgemeine Beschäftigung“). "In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuwirken, dass der Wechsel von einer Werkstatt in den ersten Arbeitsmarkt nicht mit

sozialversicherungsrechtlichen Nachteilen für die Betroffenen verbunden ist", unterstreicht die SPD-Politikerin.

Zudem soll durch einen deutlichen Ausbau „Unterstützter Beschäftigung“ die berufliche Wiedereingliederung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen verbessert werden.